

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telek: 8 06 846 ppbn d
Telefax: 21 0864



Inhalt

Jürgen Egert MdB zur
Notwendigkeit arbeits-
marktpolitischer So-
fortmaßnahmen: Aus-
sätzen der Arbeitslosig-
keit würde sich bitter
rächen.

Seite 1

Edeigard Bulmahn
MdB zur Bruchlandung
der Bonner Raumfahrt-
politik: Bankrott im All.
(Teil II und Schluß)

Seite 3

45. Jahrgang / 228

29. November 1990

Aussätzen der Arbeitslosigkeit würde sich bitter rächen Zur Notwendigkeit arbeitsmarktpolitischer Sofortmaßnahmen

Von Jürgen Egert MdB
Vorsitzender des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung
des Deutschen Bundestages

Der Reichsbahnerstreik hat zusätzlich die Beschäftigungsprobleme und die Situation der Wirtschaft in den neuen Bundesländern deutlich gemacht. Wegen der sehr schwierigen Arbeitsmarktlage in Berlin und den neuen Bundesländern sind deshalb sofortige Initiativen notwendig: Jede mögliche arbeitsmarkt- oder beschäftigungspolitische Maßnahme, die jetzt unterbleibt oder hinausgeschoben wird, vergrößert das Arbeitslosenheer auf Dauer. Im Frühjahr wird es ein böses Erwachen geben. Dringend notwendig sind jetzt Initiativen, um mit Arbeitsförderungsmaßnahmen zu verhindern, daß ein fester Sockel von Langzeitarbeitslosen entsteht, der erfahrungsgemäß kaum je wieder aufgelöst werden kann. Wir müssen jetzt Arbeit und Qualifizierung finanzieren und nicht die Arbeitslosigkeit. Das gilt auch für die Reichsbahn.

Es gibt eine Reihe von Vorschlägen, wie die Zeit von Kurzarbeit zur Qualifizierung genutzt, wie arbeitsmarktpolitische Maßnahmen mit Elementen regionaler und sektoraler Strukturpolitik verknüpft werden sollen. Reichsbahn und öffentlicher Personennahverkehr sind dringend sanierungsbedürftig und müssen ausgebaut werden. Die Kenntnisse rationalisierungsbedrohter MitarbeiterInnen der Reichsbahn können dafür, gegebenenfalls nach weiterer Qualifizierung, genutzt werden. Dies ist jedenfalls sinnvoller und billiger, als sie in die Arbeitslosigkeit zu entlassen.

Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente sind vorhanden, sie müssen endlich auch eingesetzt werden: Neben Umschulung, Aus- und Fortbildung und Beratung muß die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den neuen Bundesländern vorankommen. Nachdem die Investoren immer noch darauf warten, daß für ihre Investitionen "mindestens Sinfelfinger Voraussetzungen" bezüglich der Infrastruktur vorliegen, muß weiter einer "mittleren Durststrecke" für neue Arbeitsplätze gerechnet werden. Es ist deshalb nötig, arbeitsmarktpolitische Instrumente einzusetzen. Dazu zählen:

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressenhaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vertrieben durch
mit dem Namen des Verlegers
Rechnungsbüro



1. Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, die in bestehende Arbeitsverhältnisse eintreten und für eine Übergangszeit innerbetrieblich den Anpassungsprozeß steuern und die Beschäftigten für neue Arbeiten qualifizieren können. Dazu liegen positive Erfahrungen insbesondere mit der "Stahlstiftung und Beschäftigungsgesellschaft Saar" vor;
2. kommunale und regionale Qualifizierungszentren, wie sie in einigen der alten Bundesländer schon längere Zeit arbeiten. Sie werden von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen getragen und arbeiten anfänglich mit öffentlichen Mitteln und Förderprogrammen insbesondere auch in ökologischen Bedarfsebenen;
3. eine Weiterentwicklung des ABM-Programms. Vom Planziel von 100.000 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen waren Ende Oktober erst 8.400 Beschäftigte erreicht. Dies liegt nicht zuletzt an den restriktiven gesetzlichen Vorschriften, die den Nöten der neuen Bundesländer angepaßt werden müssen. Vor allem Berufsanfängern sind die ABM-Maßnahmen zu öffnen. Darüber hinaus muß der auf zehn Prozent beschränkte Qualifizierungsanteil angehoben werden;
4. die Sicherung der beruflichen Bildung. Zur Behebung der Ausbildungsnot ist ein Sofortprogramm für berufsvorbereitende Maßnahmen, Berufsausbildung für unversorgte Schulabgänger und ein Schwerpunktprogramm für überbetriebliche Berufsbildungsstätten in der einstigen DDR im Umfang von 660 Millionen DM erforderlich.

Die Arbeitslosenzahlen steigen stärker als vorausgesehen

Die Zahlen werden derzeit in Nürnberg nach Möglichkeit schön gerechnet. Veröffentlicht wird nach der Wahl. Dann wird die Arbeitslosenzahl östlich der Elbe einschließlich der Null-Kurzarbeiter auch offiziell über 2,5 Millionen liegen. Dabei wird gegenwärtig das ganze Ausmaß der Beschäftigungskatastrophe durch statistische Kunststücke und Übergangsregelungen noch verschleiert. Allein in Berlin sitzen 133.000 Ministerialbedienstete der ehemaligen DDR auf Warteschleife, von denen im Frühjahr über 100.000 auf Arbeitslosengeld wechseln werden. Von den 78.000 Mitarbeiterinnen wissenschaftlicher Zentraleinrichtungen werden nur wenige Chancen auf dem leeren Arbeitsmarkt haben. Und ein Überblick über die reale Arbeitslosigkeit ist schon deshalb nicht möglich, weil in der Bundesanstalt für Arbeit niemand wissen will, wieviele der 1,8 Millionen Kurzarbeiter tatsächlich Nullstunden-Beschäftigte sind. Die noch zu Beginn des Jahres als Horrorprognose empfundene Voraussage des DIW mit durchschnittlich 1,4 Millionen Arbeitslosen und 1,8 Millionen Kurzarbeitern für 1991 in den neuen Bundesländern und Berlin wird dramatisch überschritten werden.

Angesichts dieser Entwicklung wird sich jedes Hinauszögern arbeitsmarktpolitischer Entscheidungen für die neuen Bundesländer und Berlin bitter rächen und zu schwerwiegenden sozialen und gesellschaftlichen Brüchen und Verwerfungen führen.

(-/29.11.1990/rs/ks)

Bankrott im All (Teil II)
Zur Bruchlandung der Bonner Raumfahrtpolitik

Von Edelgard Bulmahn MdB
Mitglied im Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung
und
Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission Technikfolgenabschätzung
des Deutschen Bundestages

Fehlendes Nutzungskonzept

Die Bundesregierung hat sich bisher außerstande gesehen, ein klares Nutzungskonzept für die eingeleiteten Projekte und Programme der Weltraumfahrt vorzulegen. Kurz und knapp, aber dennoch treffend, heißt es in einem internen Papier aus dem Hause Riesenhuber, "ein Programmpapier, das die Ziele und Nutzenanwendung der Weltraumforschung erläutert, liegt bisher nicht vor." Zugleich werden erhebliche Zweifel an der Relevanz der Weltraumprojekte geäußert. "Wegen der Langfristigkeit der Planungen für Weltraumexperimente ist nicht absehbar, ob diese angesichts der sprunghaften Entwicklungen zum Zeitpunkt der Missionen noch wissenschaftlich aktuell sind. Ebenfalls dürfte es schwierig sein, herausragende Wissenschaftler unter den Zeitvorgaben mit relevanten wissenschaftlichen Fragestellungen angemessen zu beteiligen."

Diese Einschätzung ist inzwischen durch eine Aktion der ESA nachdrücklich bestätigt worden. Als die ESA bei 850 Unternehmen in Europa nachfragte, inwieweit sie ein längerfristiges Interesse an Experimenten im Weltraum hätten, zeigten sich gerade 27 Firmen interessiert. Wie die Bundesregierung unter diesen Voraussetzungen die geplante Raumstation nutzen will, bleibt völlig schleierhaft. Nach Untersuchungen der DLR wären bei voller Auslastung des festgedockten und des freiliegenden Laboratoriums der ESA in Europa zur gleichen Zeit rund 1200 WissenschaftlerInnenteams damit beschäftigt, die Experimente vorzubereiten, zu überwachen und auszuwerten. Eine entsprechende Nachfrage gibt es weder im Wissenschaftsbereich noch von Seiten der Industrie.

Bleibt zu fragen, welchen wissenschaftlichen Nutzen denn unter diesen Voraussetzungen die im All durchgeführten Experimente überhaupt haben. Die internen Einschätzungen im BMFT lassen zumindest erheblichen Zweifel an der nach außen vorgetragenen herausragenden Bedeutung dieser Versuche aufkommen. So heißt es etwa in einem Vermerk zu den bei der D2-Mission geplanten Experimenten: "Auf der Basis der vorgelegten Materialien sind die biologischen Experimente unter Schwerelosigkeit nicht zu rechtfertigen und allenfalls unter Mitnahmespekten zu sehen. Die zu erwartenden wissenschaftlichen Ergebnisse stehen in keinem vernünftigen Verhältnis zu den speziellen Kosten, erst recht nicht, wenn die Transport- und Overheadkosten anteilig angerechnet werden."

Zweifelhafter wissenschaftlicher, technologie- und industriepolitischer Nutzen

Hohe Aufwendungen für die Weltraumfahrt sind kein Beitrag zur Steigerung der nationalen Wettbewerbsfähigkeit. Zahlreiche vergleichende internationale Untersuchungen verweisen vielmehr auf einen gegenteiligen Effekt. Staaten mit hohen Ausgaben für Raumfahrt und militärische Großtechnologien haben in den vergangenen Jahren eher einen Verlust denn einen Gewinn an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu verzeichnen gehabt.

Die Raumfahrttechnik ist keine Schlüsseltechnologie. Ihre volkswirtschaftlichen und technologischen Breitereffekte sind vernachlässigenswert. Die Kapital- und Forschungsintensität der

Raumfahrtindustrie ist vergleichsweise außerordentlich hoch. Das kommerzielle Ergebnis im Verhältnis zu diesem Einsatz so niedrig wie in keiner anderen Branche. Der volkswirtschaftliche und technologische Nutzen der Raumfahrt ist außerordentlich gering. Die von der Bundesregierung eingeleitete Expansion der Weltraumaufwendungen läßt sich hiermit nicht begründen.

Die vielbeschworenen technologischen Spin-off-Effekte zerplatzen bei näherem Hinsehen wie Seifenblasen. Weder die Teflonpfanne noch der Nierensteinzertrümmerer sind Abfallprodukte der Weltraumfahrt. Der Kölner Unternehmensberater Schulte-Hillen, der für das Bundeswirtschaftsministerium den Technologietransfer von der deutschen Raumfahrt näher untersuchte, stellte ganze 55 Spin-off-Effekte fest. Die 43 näher untersuchten Beispielen ergaben einen mageren Jahresumsatz von 540 Mio. DM und trugen zur Sicherung von 2700 Arbeitsplätzen bei. Alle anderen Untersuchungen in dieser Frage kamen zu ähnlichen Ergebnissen.

Die Förderung der Raumfahrtprojekte kommt nur wenigen Großunternehmen zu gute, die sich in den Schonraum staatlicher Protektion zurückgezogen haben, statt sich der Konkurrenz auf den Märkten auszusetzen. Allein der Daimler-Benz-Konzern kann mit seinen Tochtergesellschaften nach Berechnungen des Bundeskartellamts mit 56% der nationalen Weltraumausgaben und mit 62,5% der in die Bundesrepublik zurückfließenden ESA-Mittel rechnen.

Die Ausweitung der Weltraumforschung führt außerdem zu einer Fehllenkung des wissenschaftlich-technischen Potentials an Arbeitskräften. Hochqualifizierte Fachkräfte werden in einen wirtschaftlich und technisch unbedeutenden Bereich der Volkswirtschaft gelenkt und fehlen damit in wichtigen Branchen wie dem Maschinenbau oder den Informationstechniken.

Vernachlässigung wichtiger Forschungsgebiete zugunsten der Weltraumfahrt

Die Vernachlässigung wichtiger Forschungsgebiete infolge der Forcierung der Weltraumfahrt durch die Bundesregierung ist bereits jetzt Wirklichkeit, auch wenn die Bundesregierung dies offiziell immer wieder bestreitet. Bereits am 14.7.88 hält ein Aktenvermerk im BMFT fest, daß der Herr Minister u. a. die Weisung gegeben (hat), daß die Einbindung der Fachabteilungen in die Weltraumfahrt verbessert werden soll mit dem Ziel, die bestmögliche Nutzung der beschlossenen Infrastruktur zu garantieren. (...) Dabei geht es in erster Linie um die Übernahme von geplanten und fachlich von Experten begutachteten Experimenten in die Fachprogramme unter Inanspruchnahme der dort vorgesehenen Haushaltsmittel. Die Durchführung dieser Experimente soll mit Geräten und Experimentalanlagen geschehen, die aus dem Weltraumprogramm und den Weltraumtiteln nach Anforderungen der Wissenschaftler zur Verfügung gestellt werden. Die Weisung des Ministers ist eindeutig."

Daß es sich hierbei um mehr als nur theoretische Erörterungen handelte, belegt der Bericht des Staatssekretär-Ausschusses Raumfahrt an den Kabinetts-Ausschuß Raumfahrt vom 15.6.90. Dort läßt das BMFT festhalten: "Aus der Sicht des BMFT ist eine Finanzierung steigender Weltraumausgaben durch Umschichtung zu Lasten anderer Förderbereiche wie z. B. Umwelt- und Vorsorgeforschung, Informationstechnik und Schlüsseltechnologien, KMU-Förderung etc. forschungspolitisch nicht mehr vertretbar. BMFT sieht seine Fähigkeit, die in den genannten Modellen vorgesehenen Beiträge aufzubringen, daher unmittelbar abhängig von der Plafondentwicklung des Epl. 30."

Fazit

Die Bundesregierung ist mit ihrer Weltraumpolitik gescheitert. Die vereinbarten Großprojekte Ariane V, Hermes und Columbus sowie die in Angriff genommenen nationalen Vorhaben lassen sich in der geplanten Form nicht realisieren. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Die von der Bundesregierung vorgelegten Weltraumplanungen sind unseriös. Sie beruhen auf vagen Annahmen und nicht zu belegenden Vermutungen, nicht aber auf soliden Kosten-Nutzen-Analysen, auf einer umfassenden Abschätzung der Technikfolgen unter Einbeziehung

alternativer Entwicklungsmöglichkeiten. Mit ihren Weltraumabenteuern gefährdet die Bundesregierung die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, schwächt sie die deutsche Forschungslandschaft.

Unhaltbar ist der Versuch der Bundesregierung, die Raumfahrtpolitik quasi als geheime Kommandosache zu betreiben und dem Parlament so wichtige Informationen wie den aktuellen Finanzbedarf vorzuenthalten und damit das Haushaltsrecht zu unterlaufen.

Mit ihren leichtfertigen Zusagen für die deutsche Beteiligung an den Großprojekten der europäischen Raumfahrt, ohne zuvor die Kosten und die Sinnhaftigkeit der Programme und Projekte gründlich zu überprüfen, hat sie bei den Partnerländern Erwartungen geweckt, die sie nun nicht einhalten kann. Sie hat damit dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik und dem Vertrauen in die Zuverlässigkeit bundesdeutscher Zusagen schweren Schaden zugefügt.

Das von der Bundesregierung nunmehr angestrebte Leitmodell ist das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben wurde. Es basiert im wesentlichen auf einer zeitlichen Streckung, die zwar den Finanzbedarf im laufenden Jahrzehnt senkt, insgesamt die Projektkosten weiter in die Höhe treibt. Es enthält zudem keinerlei Vorsorge für weitere, durchaus wahrscheinliche Kostensteigerungen.

Ausblick

Das finanzielle Desaster der deutschen Weltraumpolitik und die im Sommer kommenden Jahres anstehenden Entscheidungen über die Weiterführung von Hermes und Columbus müssen zum Anlaß für eine grundsätzliche Überprüfung der bisherigen Weltraumplanungen genommen werden. Sie müssen von vornherein die Option auf einen Verzicht einer weiteren Beteiligung der Bundesrepublik an Hermes und Columbus miteinschließen. Die Forschungspolitik der Bundesrepublik muß wieder berechenbar werden, die Weltraumpolitik auf eine vernünftige Programmgrundlage gestellt und mit einer klaren Zielsetzung verbunden werden.

Zur Diskussion steht nicht ein deutscher Rückzug aus der Weltraumforschung, wohl aber eine Begrenzung der hierfür zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel auf das der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung der Weltraumforschung entsprechende Maß und eine Ausrichtung der Weltraumpolitik an den Herausforderungen unserer Zeit, an die Bewältigung der globalen Umweltprobleme. Das Verhältnis zwischen den Aufwendungen für die Entwicklung und den Ausbau der Weltrauminfrastruktur einerseits und den wissenschaftlichen Nutzungsmöglichkeiten muß wieder ins Lot gebracht werden. Stärker als bisher muß die Weltraumpolitik hierbei auf eine weltweite internationale Kooperation setzen, um Kosten zu sparen.

Nur demokratische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse ermöglichen einen forschungspolitischen Konsens und garantieren die nötige Kontinuität und Verlässlichkeit der politischen Weichenstellungen, auf die Wissenschaft, Wirtschaft und Partnerländer angewiesen sind. Die Ausarbeitung des seit Jahren überfälligen 5. Weltraumprogramms darf deshalb nicht allein der Bundesregierung, der DARA und der kleinen Weltraumlobby überlassen bleiben. Sie muß vielmehr in einen breiten technologiepolitischen Diskurs mit den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und unter weitgehender Einbeziehung des Parlaments erfolgen.

Wichtige Eckpunkte eines solchen Vorgehens in den kommenden Monaten bestehen

- in der Zurverfügungstellung aller relevanten Entscheidungsgrundlagen an den Ausschuß für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung,
- in der Vorlage eines umfassenden Berichts des BMFT zum Stand der Weltraumprojekte mit
 - seriösen Kosten-Nutzen-Analysen,
 - belastbaren Aussagen über die voraussichtlichen Gesamtkosten für die einzelnen Projekte und den Gesamtbereich der Weltraumfahrt unter Einbeziehung der Life-Cycle-Costs,
 - der Darlegung eines klaren Nutzungskonzeptes für die bemannte Raumfahrt,
 - einer wissenschaftlichen Kriterien genügenden technologischen und wirtschaftlichen Begründung der einzelnen Projekte und der Darlegung, welche Alternativen sich jeweils anbieten,
 - einer sorgfältigen Darstellung der Umwelt- und Gesundheitsbelastungen, der Sicherheitsprobleme und der technischen Entwicklungsprobleme, die mit den einzelnen Raumfahrtprojekten verbunden sind,
 - der Darlegung, wie die Bundesregierung, eine größere Beteiligung der Industrie an den Kosten sicherstellen und wie sie eine bessere Beteiligung des Mittelstandes an den Programmen gewährleisten will,
- in der Durchführung umfassender öffentlicher Anhörungen über Perspektiven und Alternativen der bzw. zur Raumfahrt,
- in der Demokratisierung und Öffnung der entsprechenden Beratungsgremien des BMFT auch für ausgewiesene KritikerInnen der Weltraumfahrt.

(-/29. November 1990/rs/fr)
